

Polen an die Spitze der deutschen Agenda!

Bastos, Stephen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bastos, S. (2010). *Polen an die Spitze der deutschen Agenda!* (DGAP-Standpunkt, 8). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-219052>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Polen an die Spitze der deutschen Agenda!

von Stephen Bastos

Bronisław Komorowski hat sich in der Stichwahl um das Präsidentenamt mit 53,01% zu 46,99% gegen seinen nationalkonservativen Konkurrenten Jarosław Kaczyński durchgesetzt. Sein Sieg ist eine Zäsur in der polnischen Politik. Sie markiert das vorläufige Ende der Kaczyński-Ära in Polen und das Scheitern der von Kaczyński angestrebten Umwandlung der polnischen Demokratie in eine autoritäre »IV. Republik« (vgl. Stephen Bastos: Demokratische Reife im Schatten der Tragödie, DGAPanalyse 1/2010). Nach außen verabschiedet sich Polen mit Komorowski endgültig von der Rolle eines europapolitischen Bremsklotzes. Die europäischen Partner werden künftig in Polen einen stabilen, proeuropäischen und selbstbewussten Partner finden. Diese Chance gilt es von deutscher Seite jetzt aktiv zu nutzen, indem die Initiative zur Einführung neuer Mechanismen zur umfassenden bilateralen Koordinierung und Kooperation zwischen beiden Ländern ergriffen und so der Boden für gemeinsame europapolitische Impulse bereitet wird.

Es hat sich gezeigt, dass die Erinnerung an die konfliktträchtige Regierungszeit von Jarosław Kaczyński und der damit verbundene Anti-Kaczyński-Effekt am Ende politisch doch stärker waren als die Welle des Mitleids und die Kraft der politischen Mythenbildung, die nach der Flugzeugkatastrophe von Smolensk und dem Tod Präsident Lech Kaczyńskis einsetzten.

Insgesamt deutet nicht nur das Ergebnis, sondern auch der Verlauf der Präsidentschaftswahlen auf einen Wandel der politischen Kultur in Polen hin. Radikale populistische Kandidaten erhielten diesmal eine eindeutige Abfuhr. Alle maßgeblichen Kandidaten konzentrierten ihre Kampagnen auf das wachsende Wählerpotenzial in der politischen Mitte, geleitet von der Einsicht, dass mittlerweile dort und nicht an den Rändern der Gesellschaft Wahlen entschieden werden. Selbst Kaczyński verabschiedete sich im Wahlkampf von seiner scharfen Rhetorik und präsentierte sich als Mann des Ausgleichs und des Kompromisses. Hierzu passt schließlich der insgesamt ruhige und sachliche Ton des Wahlkampfes, in dem – im Unterschied zu 2005 – diesmal keine Seite versucht hat, antideutsche oder antieuropäische Stimmungen politisch zu instru-

mentalisieren. Und obwohl die Wahlen erstmals in der Ferienzeit stattfanden, war die Wahlbeteiligung in der zweiten Runde mit 55,3% höher als noch 2005 (51%).

Allerdings haben auch diese Präsidentschaftswahlen wieder einmal gezeigt, dass die polnische Gesellschaft politisch gespalten ist. Der ehemals preußische Westen und Norden Polens ging an Komorowski, der ehemals russische bzw. habsburgische Osten und Süden stimmte für Kaczyński. Während Komorowski besonders in den Städten und bei jungen Wählern gut abschnitt, neigten ländliche Gebiete und ältere Wähler eher Kaczyński zu. Diese Spaltung ist allerdings erstmals kein Ergebnis von polarisierenden Auseinandersetzungen. Bestehende Gräben wurden nicht vertieft, stattdessen ist das polnische Parteiensystem in Bewegung gekommen. Insbesondere die alte konstitutive Trennlinie zwischen »Kommunisten« und »Antikommunisten« ist mit der Annäherung zwischen der linken SLD und den Nach-Solidarność-Parteien PO und PIS weiter verschwommen. Das mit 13,7% überraschend gute Ergebnis des 36-jährigen SLD-Kandidaten, Grzegorz Napieralski, in der ersten Wahlrunde hat zudem die Perspektive auf eine wieder erstarkte Linke auf-

gezeigt, die langsam aus ihrem postkommunistischen Schatten heraustritt und künftig für eine Stabilisierung des Parteiensystems in Polen sorgen könnte.

Grundsätzlich muss man allerdings auch Jarosław Kaczyński zu den Gewinnern der Wahlen rechnen. Vor wenigen Monaten war er noch einer der unbeliebtesten Politiker des Landes, und die Wahl von Komorowski schien ein Selbstläufer zu sein. Die Tragödie von Smolensk und seine Kehrtwende von einem politischen Scharfmacher zu einem Mann des Ausgleichs machten das Rennen wieder spannend und bescherten ihm ein mehr als achtbares Ergebnis. Kaczyńskis national-konservative Partei »Recht und Gerechtigkeit« bleibt vorerst eine zentrale politische Kraft in Polen und geht gestärkt in die nächsten Wahlen.

Für die Regierung von Donald Tusk eröffnet sich mit dem Wahlausgang die Chance, entschlossener als bislang an der Umsetzung der ambitionierten Reformagenda zu arbeiten und die Modernisierung Polens weiter voranzutreiben. Dabei geht es vor allem um die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen als Voraussetzung für einen erfolgreichen Beitritt Polens zur Eurozone, der für 2014/15 anvisiert ist. Darüber hinaus stehen die Reformen des Gesundheits-, Renten- und Bildungssystems und nicht zuletzt der weitere Ausbau der Infrastruktur an. Dabei darf Tusk die Spaltung des Landes nicht weiter vertiefen. Die neue polnische Doppelspitze Tusk-Komorowski muss daher in den nächsten Monaten einen heiklen Drahtseilakt bestehen. Es gilt, die Modernisierung Polens entschlossener als bislang fortzusetzen und gleichzeitig der Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Falls dies misslingen sollte, ist ein Sieg Kaczyńskis bei den nächsten Parlamentswahlen 2011 nicht auszuschließen.

Trotz der präzedenzlosen Machtfülle von Ministerpräsident Tusk ist daher auch nach den Präsidentschaftswahlen nicht damit zu rechnen, dass Tusk nun »durchregiert« und die überfälligen Strukturreformen ohne Rücksicht auf die sozialen Kosten angeht. Ein solcher Kurs würde auch mit Blick auf seinen angeschlagenen Koalitionspartner, die Bauernpartei PSL, kaum durchzusetzen sein. Nach dem mit 1,8% enttäuschenden

Abschneiden ihres Vorsitzenden, Waldemar Pawlak, in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen ist sie gezwungen, sich künftig in der Koalition als eigenständige Kraft zu profilieren. Zu erwarten ist daher eher ein schrittweiser Reformansatz durch die Regierung Tusk, die allerdings nun auch unter Druck steht, ihre Glaubwürdigkeit als modernisierende politische Kraft Polens unter Beweis zu stellen.

Für Deutschland und Europa kann sich der Sieg Komorowskis als wahrer Glücksfall erweisen. Er ist ein überzeugter Europäer, der für einen möglichst raschen Beitritt Polens zur Eurozone wirbt und offensiv für eine weitere Vertiefung der EU eintritt. Er engagiert sich seit Jahren aktiv für die Verständigung mit Deutschland, denn für Komorowski liegt eine stabile Partnerschaft mit Deutschland im nationalen Interesse Polens.

Allerdings werden die deutsch-polnischen Beziehungen auch mit Komorowski kein Selbstläufer. Zu unterschiedlich sind die Interessenperzeptionen zwischen Berlin und Warschau in einer Reihe europäischer Schlüsselthemen. Entscheidend ist allerdings, dass sich mit der neuen polnischen Doppelspitze Tusk-Komorowski die Gelegenheit bietet, die unterschiedlichen Perspektiven beider Länder offen zu diskutieren, sie konstruktiv miteinander zu verbinden und somit für eine europäische Lösungsfindung fruchtbar zu machen. Möglich ist das nur unter der Voraussetzung gegenseitigen Vertrauens und eines dezidierten Willens zur Zusammenarbeit zur Findung gemeinsamer politischer Lösungsansätze, die anschließend als Basis für gemeinsame Beschlüsse der EU dienen können. Die polnischen Präsidentschaftswahlen sollten als klares Signal in diese Richtung verstanden werden.

Es ist daher an der Zeit, dass die deutsche Bundesregierung jetzt die Initiative übernimmt und der Abstimmung mit Polen oberste Priorität einräumt. Schon heute treffen sich die Europa-Minister beider Länder, Mikołaj Dowgielewicz und Werner Hoyer, regelmäßig vor europäischen Ratssitzungen. Diesen Ansatz gilt es nun systematisch auszubauen im Sinne eines umfassenden und kontinuierlichen Prozesses zur

Abgleichung der gegenseitigen Interessenperzeptionen. Dafür gibt es ein gutes Vorbild im so genannten »Blaesheim-Prozess« im deutsch-französischen Kontext. Hierin sollten neben den Regierungschefs und den Außen- und Europa-Ministern auch die Fachminister einbezogen werden.

Im Sinne einer Verzahnung des europapolitischen Entscheidungsprozesses wäre auch ein verstärkter horizontaler Beamtenaustausch insbesondere zwischen den Außenministerien denkbar. Ziel muss es sein, bereits im Vorfeld nationaler Entscheidungsfindung die Perspektive des jeweils anderen Partners zu kennen und mit zu berücksichtigen und unilaterale Beschlüsse wie z. B. zur Ostsee-Pipeline oder zum US-Raketenabwehrschirm zu vermeiden. Mit einem Beschluss zum Austausch zweier Spitzenbeamter auf der jeweiligen Leitungsebene der beiden Außenministerien ab August dieses Jahres wurde bereits ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan. Auch die Beziehungen zwischen den Parlamenten sollten enger gestaltet werden. Wo immer möglich sollte die deutsch-polnische Kooperation schließlich auf Frankreich ausgedehnt werden und die neue Dynamik des Weimarer Dreiecks, die von Komorowski selbst in seiner Funktion als Sejmmarschall in den letzten Monaten mit initiiert wurde, weiter vorangetrieben werden.

Mit Blick auf die polnische Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte von 2012 könnten mit der Hilfe dieser neuen Kooperationsmechanismen und getragen von dem notwendigen politischen Willen tragfähige Kompromisse zwischen Warschau und Berlin in wichtigen

strittigen Fragen erzielt werden, die den Weg ebnen würden für gemeinsame europäische Lösungen.

Kontroverse europäische Themenfelder, bei denen gemeinsame deutsch-polnische Impulse einen entscheidenden Unterschied machen würden, sind zahlreich: Anfangen mit der Russland-Politik, wo es in den letzten Monaten zu einer vorsichtigen Annäherung zwischen Warschau und Moskau gekommen ist, über die Östliche Partnerschaft, bei der sich Deutschland weit stärker engagieren könnte als bislang, bis hin zu Energie- und Klimafragen, bei denen beide Partner sich nur zu oft in unterschiedlichen Lagern befinden. Nicht zuletzt geht es um die Vorbereitung der nächsten finanziellen Vorausschau der EU, deren Erfolg wesentlich von Warschau und Berlin abhängen werden.

Eine Verständigung zwischen Polen und Deutschland in all diesen Fragen erscheint aus heutiger Sicht äußerst ambitioniert. Der Weg dahin ist sicher nicht einfach. Aber wann, wenn nicht jetzt, sollte man mit den notwendigen Abstimmungsprozessen beginnen?



Stephen Bastos
<bastos@dgap.org>